

**Niederschrift zur 42. öffentlichen Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem
12. August 2010 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße
75, 28757 Bremen**

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.30 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 40. Sitzung vom 11. Mai 2010 und der 41. Sitzung vom 10. Juni 2010
3. Weitere Entwicklung des Vegesack Marketings
4. Sachstand Stadthaus Vegesack
5. Sachstand Markthalle
6. Hochwasserschutz in Vegesack
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Borchers, Torsten
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried
Tegeler, Henning
Wemken, Manfred

Es fehlten:

Schmidt, Wolfgang
Waldheim, Oxana

Sonstige Teilnehmer:

Herr Czellnik (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Herr Fischer (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Herr Heinze (Heinze und Partner)
Herr Koch (AVW Immobilien AG)
Herr Smidt (Firma Grontmij)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 42. Sitzung des Beirates Vegesack. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

Der Vorsitzende verweist auf sein Schreiben an die Fraktionssprecher bzgl. einer evtl. Verschiebung der Beiratssitzung im September auf Grund der für den 9. September 2010 terminierten Konstituierung der Beirätekonferenz. Die Beiratsmitglieder sprechen sich für ein Belassen des Termins für den 9. September 2010 aus.

Der Sprecherausschuss wird auf den 23. August 2010 verlegt.

Der Vorsitzende stellt die Broschüre Lebens(t)räume für z.B. Neubürger vor. Ein Exemplar liegt den Beiratsmitgliedern sowie der Presse vor. Die Broschüre kann über das Ortsamt bezogen werden.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegt ein schriftlicher Bürgerantrag von dem Golfclub Bremer Schweiz vor. Der Club bittet um eine Ausschilderung zu seinem Golfclubgelände. Der Golfclub hat zugesagt, die erforderlichen Kosten zu tragen.

Der Weiteren liegt den Beiratsmitgliedern die Begründung zum Widerspruch bzgl. des zu entrichtenden Nutzungsentgeltes für die Veranstaltung „Maison et Jardin – Das Fest der schönen Dinge“ vor.

Ein Bürger (siehe Anlage) zeigt sich enttäuscht über seine Stellung als Bürger gegenüber den Institutionen. Er wohnt am Kito und beklagt, dass es dort sowohl in der Woche als auch am Wochenende sehr laut sei.

Des Weiteren berichtet er von dem Problem, dass Rettungswagen ihn nicht abholen konnten, da der Wirt die Zufahrt verweigert hätte.

Herr Jacobi bedankt sich beim Vegesacker Beirat für die Gewährung von Zuschüsse zum Vulkanesentreffen. Er hat einen Straßenbanner sowie und Flyer mitgebracht.

Eine Bürgerin (siehe Anlage) beklagt die Verschmutzung des Sedanplatzes, insbesondere im Anschluss an die Marktzeiten. Ferner kritisiert sie die oftmals vollen Mülleimer im Stadtgarten.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 40. Sitzung vom 11. Mai 2010 und der 41. Sitzung vom 10. Juni 2010

Änderungswünsche zur Niederschrift der 40. Sitzung vom 11. Mai 2010 werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

Herr Tegeler bittet in die Niederschrift zur 41. Sitzung vom 10. Juni 2010 in der Passage zum Bebauungsplan 1550 die Begründung der Linken deutlicher zu formulieren. „Die Linke im Beirat Vegesack wendet sich gegen eine stärkere Flächenversiegelung auf dem Gelände Weserstraße 65 und regt ferner an, ob nicht Teile des hinteren Grundstücks an den Stadtgarten angegliedert werden“.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor, mit der Änderung wird die Niederschrift genehmigt.

Während der 41. Sitzung ist u.a. das Anlegen von Wohnmobilplätzen thematisiert worden. In diesem Zusammenhang teilt der Vorsitzende mit, dass die Realisierung noch in 2010 erfolgen wird.

Tagesordnungspunkt 3

Weitere Entwicklung des Vegesack Marketings

Der Vorsitzende erinnert an die Sitzung am 11. März 2010. Unter der Überschrift Leerstandsmanagement Vegesack wurden mit Herrn Heinze die Probleme des Leerstandes im Einzelhandels angesprochen. Aktuelle Ereignisse, wie der Rücktritt des 1. Vorsitzenden des City Marketing Vegesack e.V. (CMV) und das Ausscheiden der Geschäftsführung, haben die Arbeitsvoraussetzungen verändert.

Herr Heinze stellt an Hand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse seiner Analyse sowie die vorgeschlagenen Prozesse und strukturellen Veränderungen dar.

Er hat seine Aufgabe, bildlich gesprochen, als Lotse begriffen.

Das vom „Marketing-Schiff“ zu umschiffende Eis auf dem Wasser war sehr viel dichter und brisanter als zunächst angenommen.

Neben den bereits genannten aktuellen Ereignissen hat die Gründung der Arge Alt-Stadt einen deutlichen Impuls gesetzt.

Herr Heinze ist zunächst in eine Sondierungsphase eingestiegen. Diese Phase stellt er in Modulen dar:

1. Materialanalyse
Fachliche Auswertung vorhandener Arbeit zur Standortentwicklung
2. Ortsbegehungen
Fachliche Inaugenscheinnahme
3. Einzel- und Gruppengespräche
Gespräche zu Hintergrundinformationen und Entwicklungsvorstellungen
4. Externe Einschätzung
Beurteilung aus externer Perspektive und Konzeptskizze
5. Startup-Workshop
6. Dokumentation und Empfehlungen

Anschließend reflektiert Herr Heinze die Workshoparbeit. Es wurde die (Neu-)Ausrichtung der Arbeit des City Marketing Vegesacks thematisiert.

Das Marketing wird lokal für Vegesack positioniert und richtet sein Engagement deutlicher auf den Bereich Handel. Dieser Bereich erzeugt die weit größere Wertschöpfung. Diese Akzeptverschiebung hat beispielsweise die praktischen Konsequenzen, dass z.B. die finanziellen Mittel für die Veranstaltung „Sommer in Lesmona“ nicht mehr über das City Marketing abgewickelt werden. Ebenso würde das Schaufenster Bootsbau als operatives Geschäft herausgelöst werden.

Nachfolgend stellt Herr Heinze das vorgeschlagene Organisationsschema vor.

Er stellt die Anforderungen an die Geschäftsstelle und deren Geschäftsführer dar. Eine klare, transparente Struktur soll nach außen dokumentiert, die Rollenzuweisungen stärker ausgeflaggt werden, so dass für jeden Bereich ein klarer Ansprechpartner aufgezeigt wird.

Der Vorstand soll kleiner, schlanker gestaltet werden und sich auf das operative Geschäft konzentrieren.

Der Beirat kann größer werden, so dass sich einzelne Gruppen, Vereinigungen dort wiederfinden können. Eine klare Aufgabenstellung wird definiert. So muss der Beirat Wirtschaftspläne und Controllingberichte zur Kenntnis nehmen und der Mitgliederversammlung einen Beschlussvorschlag unterbreiten. Für den Beirat ergeben sich somit eine bessere Einbindung und Möglichkeiten zur Steuerung und zur Entwicklung von Langfriststrategien.

Die Mitgliederversammlung kann einzelne Foren bilden, in der Themen gesondert besprochen und vorbereitet werden können.

Anschließend trägt Herr Heinze seine Empfehlung zur Strategiediskussion vor. Bei einer Aktualisierung wären die nachfolgenden Punkte zu thematisieren:

1. Bestandsaufnahme
2. Integrierte Ziel- und Strategieentwicklung
3. Budgetüberprüfung im Sinne eines „Zero-Base-Budgeting“
4. Inhaltliche Fortentwicklung von Maßnahmen
5. Controlling

Herr Heinze reflektiert die von den Interessengruppen und Teilnehmern des Workshops bereits absolvierten und vorgeschlagenen weiteren Schritte zur Realisierung der Umstrukturierung.

Schritt 1:

Einsetzen einer Arbeitskommission, die die notwendigen Vorbereitungen zur Ergebnisumsetzung leistet

- z.B. Durchführung des Auswahlverfahrens für die CMV-Geschäftsführung
- Vorbereitung der Mittelbeantragung für 2011
- Vorbereitung des CMV-Gremienumbaus

Die Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern des Vorstandes des City Marketing Vegesack e.V., der ArGe Altstadt e.V., des AG Lindenstraße, des Kultur- und Tourismusbereichs, dem Immobilienbereich, dem Senator für Wirtschaft und Häfen sowie des Ortsamtes Vegesack.

Sie wird den Prozess voraussichtlich bis zur Mitgliederversammlung im Oktober 2010 steuern.

Schritt 2:

Neubesetzung der CMV-Geschäftsführung (ab Juli)

Schritt 3:

Mittelsicherung 2011 für Vegesack (ab August)

- Diskussion des Mitteleinsatzes
- Abstimmung mit der Stadt und Beschluss in CMV-Mitgliederversammlung
- Formelle Antragstellung durch CMV bei der Stadt

Schritt 4:

Gremienneuordnung (ab August)

- Übertragung des Organisationsvorschlags in Satzungsänderungen des CMV
- Diskussion der Gremienzusammensetzung und Ansprache möglicher Interessenten
- Beschlüsse in CMV-Mitgliederversammlung

Schritt 5:

Programmdiskussion (ab Oktober)

Mittel- und Langfriststrategie vereinbaren:

- Strategiediskussion im CMV-Beirat unter Einbindung des neuen Vorstands und der neuen Geschäftsführung
- Präsentation und Diskussion der Ergebnisse in der MV, in Vegesacker Vereinigungen und im Ortsbeirat
- Beschlüsse in CMV-Mitgliederversammlung 2011

Herr Pörschke schätzt die Arbeit von Herrn Heinze, wünscht sich allerdings ein Statement des Vorstandes des City Marketing Vegesack e.V. zu der vorgeschlagenen Umstrukturierung.

Herr Buchholz begrüßt den eingeleiteten Veränderungsprozess. Auf seine Nachfrage bzgl. eines neuen Standortes für das CMV, führt Herr Heinze aus, dass diese Fragestellung bzw. dieser Wunsch bereits aufgenommen wurde und eine evtl. Prüfung erfolgen wird. Frau Sprehe dankt Herrn Heinze für sein Engagement. Sie hofft, dass die auf dem Papier erzielten Ergebnisse nun in die Praxis umgesetzt werden und die Attraktivität der Fußgängerzone in der Folge gesteigert wird.

Herr Scharf bemerkt, dass sich die an Herrn Heinze herangetragene Aufgabenstellung verändert hat.

Diese Schwerpunktverlagerung hin zur Thematisierung der Organisationsstruktur war auf Grund der beschriebenen Veränderungen im CMV notwendig geworden.

Im Rahmen seiner Arbeit hat Herr Heinze dennoch ein Strategiedefizit ausgemacht. Die Leerstände bedingen sich durch einen grundsätzlichen Frequenzverlust sowie den Verlust von Ankermietern. Diese Entwicklung begründet zudem einen Attraktivitätsverlust für das Umland. Um dieser Problematik zu begegnen, ist das Bündeln der Kräfte vor Ort eine essentielle Voraussetzung.

Auf Nachfrage von Frau Spiegelhalter-Jürgens, die Tourismusvermarktung für Bremen Nord insgesamt beim CMV anzusiedeln, erläutert Herr Heinze den Diskussionsprozess und das Ergebnis der Arbeitskommission zu diesem Bereich. Es wurde für die Bereiche Handel und Tourismus eine gemeinsame örtliche Ebene gewählt. Allerdings sind für den Bereich Tourismus intensive Kooperationen zwischen den Akteuren über die Stadtteilgrenzen hinaus zu bilden und zu pflegen.

Herr Degenhard bewertet die Entwicklung positiv und würdigt die Arbeit der ArGe Altstadt e.V. Die ArGe hat mit ihrer Gründung einen Impuls für die Strukturveränderung gesetzt. Sie schließt sich nunmehr dem neuen Konzept an und tritt in den CMV als einzelne Mitglieder ein.

Herr Ipach führt für den Vorstand des CMV aus, dass die vorgeschlagenen Strukturveränderung gemeinsam in einem dialogintensiven, schwierigen Prozess und mit der Hilfe der Moderation von Herrn Heinze erarbeitet wurde. Herr Ipach stellt heraus, dass der CMV zu jeder Zeit handlungsfähig war.

Er freut sich über die erzielten Ergebnisse und begrüßt, dass die Akteure nunmehr miteinander und nicht mehr übereinander reden. Eine Basis für die strukturelle Veränderung ist gelegt.

Die Mitglieder und Interessenten werden aktiv in den Veränderungsprozess eingebunden und informiert.

Herr Gschwind stellt heraus, dass die Gründung eines Vereins der ArGe Altstadt auch zur formal juristischen Absicherung diene.

Die aktuelle Anbindung zum CMV gestaltet sich positiv. Es besteht ein direkter Kontakt zur Geschäftsstelle. Durch die Moderation erhofft sich die ArGe einen Vielnutzen für alle Beteiligten.

Abschließend dankt Herr Heinze dem Team der Geschäftsstelle für die gute Arbeit, wie z.B. der Organisation des Festivals Maritim, in der belastenden Situation und bei der negativen Presseberichterstattung.

Der Beirat und der Vorsitzende bedanken sich für die von Herrn Heinze geleitete Arbeit. Die Ausführungen erfahren eine breite Zustimmung.

Der Beirat wird das Thema weiter begleiten und voraussichtlich in einer Sitzung zu Beginn des Jahres 2011 erneut aufrufen.

Die Sitzung wird von 19.45 bis 19.50 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 4

Sachstand Stadthaus Vegesack

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und reflektiert die Presseberichterstattung zu dem Durchgang im Untergeschoss des Gebäudes, so dass auch dieser neben der Gestaltung des Trauzimmers und des Innenhofs sowie die Nutzung des Untergeschosses erneut und öffentlich behandelt wird.

Nutzung des Untergeschosses

Herr Fischer stellt den aktuellen Stand bzgl. der Nutzung des Untergeschosses vor. Es werden mit Interessenten, die in dem Untergeschoss eine Bowlingbahn betreiben möchten, Gespräche geführt. Eine Nutzungsalternative könnte die Integration einer Disco darstellen.

Die von Herrn Scharf angemerkte Diskrepanz zwischen den Äußerungen der WfB und dem Senator für Wirtschaft und Häfen in der Presse begründet Herr Fischer mit der Kurzfristigkeit der aktuellen Entwicklungen und der Urlaubszeit.

Herr Degenhard bringt seine Skepsis zum Ausdruck, dass eine Bowlingbahn im Untergeschoss des Stadthauses, z.B. auf Grund der Bahnenanzahl, wirtschaftlich zu betreiben wäre.

Gestaltung des Trauzimmers

Es liegt ein Bürgerantrag zur Gestaltung des Trauzimmers durch den Künstler James Rizzi vor.

Herr Fischer macht deutlich, dass die konkrete Innenausgestaltung des Trauzimmers vom Nutzer zu bestimmen wäre. Wenn dieser Gestaltungswunsch den finanziellen Rahmendaten entspricht, kann er von der WfB realisiert werden.

Das Stadtamt Bremen wird mit dem Antragsteller ein Gespräch zur Möglichkeit einer Realisierung der Idee führen.

Gestaltung des Innenhofs

Der WfB liegen noch keine konkreten Vorschläge vor. Erste Vorstellungen könnten evtl. Ende August bzw. Anfang September vorliegen.

Die WfB plant, die vom Beirat gegründete Arbeitsgruppe mit Frau Sprehe (Beiratssprecherin), Herrn Degenhard (Stadtentwicklungsausschusssprecher) und Herrn Dornstedt einzuladen, um weitere Details der Fassadengestaltung zu besprechen. In diesem Zusammenhang können erste Vorschläge zur Innenhofgestaltung angesehen werden.

Durchgang

Bereits im Zuge der vorgenannten Punkte zitiert Herr Buchholz einen Beiratsbeschluss zum Durchgang aus Februar 2009 und erfragt, ob die Kostenberechnung für den Durchgang aus 2007 noch aktuell ist. Aus seiner Sicht sind keine konkreten Punkte für die Realisierung einer Bowlingbahn zu erkennen.

Der Vorsitzende zitiert den einstimmig, bei zwei Enthaltungen, gefassten Beschluss des Beirates für einen Durchgang zwischen der Tiefgarage und dem Gebäude aus November 2007: „Keine Zufahrt für Besucherverkehr zur Immobilie am Sedanplatz über die anliegenden Anwohnerstraßen sowie nicht mehr Parkplätze am Gebäude als für die Führerscheinstelle rechtlich notwendig und Erschließung für den PKW-Verkehr erfolgt einzig und allein über die Tiefgarage.“

In seinen Ausführungen geht der Vorsitzenden auf die unveränderte schwierige finanzielle Situation der Stadtgemeinde Bremen ein und den damit zu führenden Diskussionsprozess bzgl. möglicher Einsparungen ein. Er zeigt mögliche Konsequenzen für den Fall auf, dass die Lösung nicht realisiert werden sollte.

Zum Beispiel müssten die Nutzer des Verbrauchermarktes mit ihren Einkaufswagen über die Fußgängerzone in die Markthalle schieben und dort den Fahrstuhl in die Tiefgarage benutzen. In der Tiefgarage würden die Waren ausgepackt werden. Anschließend wäre der Einkaufswagen wieder über den genannten Weg zurück zu bringen. Ob Kunden den Wagen tatsächlich wieder zurück bringen würden, würde abzuwarten sein.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Öffnung der Fußgängerzone in der Gerhard-Rohlf's-Straße bis zum Stadthaus für den PKW-Verkehr. Diese wäre kostenintensiv und würde der Attraktivität der Fußgängerzone schaden.

Des Weiteren könnte der rückwärtige Teil der Immobilie zu einem Parkplatz gemacht werden und die Autos durch das angrenzende Wohngebiet zu leiten. Dieser zusätzliche Verkehr kann von den schmalen Wohnstraßen nicht aufgenommen werden.

Herr Degenhard sieht eine fundamentale Änderung der Faktenlage. Die Realisierung einer Bowlingbahn ist für ihn nicht ersichtlich. Außerdem hat Netto keinen Bedarf an einem Durchgang in einem Fernsehinterview dokumentiert. Herr Degenhard verlangt die Benennung eines Verantwortlichen, der die evtl. entstehenden Mehrkosten tragen wird. Sollte ein Durchgang geschaffen werden, könnte dieser einen Angsträum darstellen.

Auf Bitte von Frau Sprehe erläutert Herr Fischer die Faktenlage. Der Auftraggeber, der Senator für Wirtschaft und Häfen, geht weiterhin von einer Realisierung des Durchgangs aus. Die Begründung wurde bereits in einer vorherigen Sitzung des Beirates angeführt und diskutiert, als seitens der WfB berichtet wurde, dass der seiner Zeit in Gesprächen stehende Bowlingbahnbetreiber sein Vorhaben nicht realisieren kann. In dieser Hinsicht sowie in Bezug auf die Nutzung durch Netto hat sich die Faktenlage nicht geändert. Es liegt ein Schriftstück von Netto vor, aus dem Herr Fischer zitiert. Demnach ist der Durchgang fester Bestandteil der Gesamtkonzeption Nettos für das Stadthaus. Die unterirdische Anbindung bedeutet insbesondere für Kunden, die größere Einkäufe tätigen, die nicht in Taschen transportiert werden können, einen wichtigen Zusatznutzen und trägt damit zu einer langfristigen Sicherung des Standortes von Netto bei. Im Ergebnis hat Netto die WfB aufgefordert, an der Errichtung der unterirdischen Anbindung festzuhalten.

Frau Sprehe teilt mit, dass die SPD-Beiratsfraktion die Argumente abgewogen hat und sich im Ergebnis für den geplanten Durchgang ausspricht. Dieser Durchgang ist wichtig für die potentiellen Mieter des Untergeschosses. Eine Zufahrt zum Gebäude durch das angrenzende Wohngebiet lehnt Frau Sprehe weiterhin ab. Des Weiteren merkt sie an, dass über die direkte Anbindung eine absolut barrierefreie Zuwegung ermöglicht wird. Bei den Überlegungen sind nicht nur die Kunden des Verbrauchermarktes zu berücksichtigen, sondern auch die großen Besucherströme zu einzelnen Behörden, z.B. zum Bürgerservicecenter.

Frau Sprehe merkt an, dass die Öffnungszeiten der Tiefgarage an die Öffnungszeiten der Nutzer im Gebäude anzupassen sind. Der Durchgang ist seitens des Stadthauses und der Tiefgarage entsprechend zu schließen und hell zu gestalten, so dass kein Angsträum entsteht. Um eine evtl. Parkproblematik hinter dem Gebäude zu lösen und ein Verkehrschaos im angrenzenden Wohngebiet zu vermeiden, spricht sich Frau Sprehe für einen Verkehrsüberwacher für Bremen-Nord aus.

Herr Pörschke hebt die zukünftige Bedeutung der Realisierung des Durchganges hervor und teilt mit, dass die Grünen vor Ort an den Vorhaben festhalten. Hierbei berücksichtigen sie insbesondere den Wohnwert der angrenzenden Anwohner.

Die Baukosten sind auf die gesamten Umbaukosten anzurechnen und werden auf die Nutzungsdauer des Gebäudes insgesamt umgerechnet.

Des Weiteren greift er erschienene Kommentare und Leserbriefe auf, in denen sich die Verfasser für die Durchgangslösung ausgesprochen haben, auch von Personen, die sich an anderer Stelle auch durchaus kritisch zu Vegesacker Themen äußern.

Es ist darauf zu achten, dass sich die Rendite des Verbrauchermarktes positiv gestaltet, so dass der Standort im Sinne einer Nachversorgung für die Anwohner gesichert bleibt. Außerdem können Brautpaare und Besucher des Standesamtes mittels des Durchganges aus der Tiefgarage geschützt in das Stadthaus gelangen.

Herr Scharf schließt sich der Argumentation an. Der Durchgang ist nicht in erster Linie auf Grund einer Bowlingbahn zu realisieren, sondern für die Kunden des Verbrauchermarktes, die einen umfangreichen Einkauf tätigen sowie für ältere Leute. Auch er geht auf die Verkehrsproblematik im angrenzenden Wohnbereich ein. Außerdem spricht er die mögliche Problematik an, die Einkaufswagen im Winter bei Schnee und Glatteis über die Fußgängerzone schieben zu müssen.

Herr Buchholz kann der angeführten Argumentation nicht folgen und fragt, warum den Beiratsmitgliedern das Schriftstück der Firma Netto nicht zur Verfügung gestellt wurde. Er lässt sich nicht in die Verantwortung nehmen. Auf Grund der Sachlage ist der Bau des Durchganges aus seiner Sicht überflüssig. Die Baukosten schätzt Herr Buchholz auf 500.000 Euro. Die Schaffung des Durchgangs ist aus Sicht der FDP-Beiratsfraktion überflüssig. Herr Buchholz erklärt, dass er auf Grund der neuen Faktenlage den Beschluss aus Februar 2009 nicht mehr vertreten kann. Abschließend erinnert er an die Einkaufssituation, als das Gebäude von Hertie genutzt wurde. Hier wurden die Einkaufstüten über die Straße in die Tiefgarage in das Auto getragen und dort abgestellt.

Herr Tegeler meint, dass sich die Faktenlage nicht so sehr geändert hat, trotzdem sieht er offene Fragen, die es nicht zulassen, eine tragfähige Entscheidung zu finden. Eine Bowlingbahn wäre für ihn der einzige Grund für den Bau des Durchgangs.

Ein Anwohner (siehe Anlage) teilt mit, dass sich die Faktenlage aus seiner nicht geändert hat. Die Baukosten des Durchganges wären vom Eigentümer zu tragen und ggf. über die Miete zu erwirtschaften.

Dem Anwohner fehlte in der öffentlichen Diskussion die Thematisierung der verkehrliche Situation. Für den Fall, dass der Durchgang nicht realisiert werden sollte, werden sich die Anwohner voraussichtlich entsprechend äußern. Eine Verkehrsüberwachung erachtet der Anwohner als sinnvoll.

Frau Sprehe bezieht sich auf das Einkaufszentrum Haven Hööv. Auch hier existiert eine direkte Anbindung an die Parkgarage.

Rückblickend führt sie aus, dass der ehem. Plus-Markt über Parkplätze hinter dem Gebäude verfügte. Diese sind allerdings für die aktuelle Situation nicht denkbar.

Die SPD-Beiratsfraktion hat die Argumente erörtert und plädiert einstimmig für die Realisierung des Durchgangs.

Ein weiterer Anwohner (siehe Anlage) thematisiert die Parkgebühren in der Tiefgarage für die Kunden von Netto.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden fasst der Beirat folgenden Beschluss:

Der bestehende Beiratsbeschluss (November 2007) wird bekräftigt und um folgende Zusatzpunkte bzw. Forderungen ergänzt:

1. Der Durchgang muss hell und freundlich sein, um einen Angsträum an dieser Stelle zu vermeiden.
2. Er muss im Bereich der Garage abschließbar sein, damit unbefugter Zugang nach Schließung des Stadthauses unmöglich wird, d.h. auch Schließung dieses Durchgangs mit Beendigung der Nutzung im Stadthaus.
3. Die Öffnungszeiten der Tiefgarage müssen an die Stadthausnutzer angepasst werden.
4. Es sind Parkplätze für Mütter mit Kindern und Frauenparkplätze im Bereich des Durchgangs anzulegen.

5. Zur Sanktionierung des unbefugten Parkens hinter dem Stadthaus wird ein Verkehrsüberwacher für Bremen Nord gefordert.

Ergebnis:

Dies wird mit 10 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5
Sachstand Markthalle

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Koch und bewertet die Zwischennutzung der Markthalle durch Netto auf Grund von Rückmeldungen aus der Bevölkerung und von umliegenden Geschäften äußerst positiv. Die Nutzung ist befristet, der Zeitraum zur Hälfte verstrichen und der Beirat erwartet eine kontinuierliche Nachnutzung.

Herr Koch teilt mit, dass Netto grundsätzlich zufrieden ist und reflektiert die Prüfungen seitens seiner Firma bzgl. der vorgeschlagenen Nutzungsmodelle, wie z.B. eines Kleintierzoos oder einer Gastronomie. Die Investitionskosten hätten jeweils z.B. vom Vermieter getragen werden müssen.

Herr Koch erklärt, dass die Frequenz zu stärken ist. Dies könnte durch die Integration eines Ergänzungssortiments in der Markthalle zu Netto im Stadthaus erreicht werden. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Koch von Gesprächen mit Anbietern der Gesundheitsernährung, z.B. eines Biosortiments. Daneben könnten die Flächen an der Verglasung einer gastronomischen Nutzung zugeführt werden.

Herr Degenhard kritisiert die Akquiseleistung der AVW und spricht sich dafür aus, Spezialstände zu gewinnen.

Herr Buchholz bemängelt die vorgestellte Ergebnislosigkeit und spricht neben dem vorgeschlagenen Gastronomiekonzept die bauliche Konstruktion und Finanzierung der Markthalle an. Als positives Beispiel zur Umnutzung führt er die Markthalle des Partnerstadtteils Warnemünde an.

Herr Scharf thematisiert das negative Ambiente, wie z.B. den Fußboden, der Markthalle.

Dieser Einschätzung stimmt Herr Koch zu. Er bemüht sich dennoch um eine beständige Nutzung der Markthalle. In diesem Zusammenhang verweist er auf sein geglücktes Markthallenkonzept in München und lädt die Teilnehmer zu einem Besuch ein. In Vegesack ist das Konzept aus seiner Sicht gescheitert, da die Beschicker des Wochenmarktes gezielt die Preise der Kaufleute in der Markthalle unterboten hätten.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass das ursprüngliche Konzept keine Spiegelung des Wochenmarktes dargestellt hat. Die Nutzung des Stadthauses wird sich positiv auf die Frequenzzahlen auswirken.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und wird das Thema weiter begleiten.

Um 21.13 Uhr wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 6
Hochwasserschutz in Vegesack

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Fischer, Herrn Czellnik und Herrn Smidt und führt in die Thematik ein. Das Gebiet um den Vegesacker Hafen benötigt einen besonderen Hochwasserschutz, ein einfacher Deich oder der Bau einer Hochwasserschutzwand können hier nicht realisiert werden.

Herr Czellnik bezieht sich auf den von Bremen und Niedersachsen 2007 neu aufgelegten Generalplan Küstenschutz. Dort wurden neue Geschickhöhen für den Hochwasserschutz benannt. Im Land Bremen sind insg. 11 Gebiete betroffen.

Grundsätzlich wird versucht, dem Hochwasser an der Wasserkante zu begegnen. Diese Variante wurde auch für den Bereich Vegesack geprüft, auf Grund der besonderen Gestaltung allerdings direkt verworfen.

Herr Smidt stellt die aktuelle Planung für Vegesack, insbesondere für den Vegesacker Hafen an Hand einer Power-Point-Präsentation vor. Es wird geplant, dem Hochwasser an der Hochwasserschutzlinie mit der sog. Nullvariante zu begegnen. Gebäude, die sich zwischen dieser Linie und der Wasserkante (im Außendeichbereich) befinden sollen weiterhin mit einem Objektschutz gesichert werden.

Im vorderen Bereich wird ein Schutz von 7,70 m, im hinteren Bereich von 7,40 m gefordert. Zzt. ist der Objektschutz durchschnittlich 60-80 cm zu niedrig.

Zum Haven Hööv't führt Herr Schmidt aus, dass der Hochwasserschutz um das Gebäude herum geführt werden wird. Die Treppenanlage am Hafen muss nur geringfügig um 10 cm erhöht werden.

Die Rahmenentwürfe werden in diesem Jahr fertig gestellt. Im Anschluss befasst sich der Senat mit den Ergebnissen, entscheidet über den weiteren Umgang mit den 11 betroffenen Gebieten und klärt die Finanzierung. Der Umsetzungshorizont beträgt ca. 10 Jahre.

Ein Bürger (siehe Anlage) stellt seinen Vorschlag zum Ausbau des Hochwasserschutzes vor. Er schlägt einen Klappdeich vor. Klappenelemente aus Stahl werden an die bestehende Hochwasserschutzwand mit Gelenken angebracht, so dass diese bei ansteigendem Wasser aufschwimmen und sich aufrichten. Mit sinkendem Wasser senken sie sich wieder ab.

Herr Smidt erklärt, dass in anderen Städten ähnliche Modelle realisiert wurden. In Köln befinden sich beispielsweise entlang des Rheins Tröge aus denen bei auflaufendem Wasser schwimmbare Kästen aufsteigen.

Herr Smidt stellt die Vor- und Nachteile des Bürgervorschlages vor. Ein wichtiges Argument gegen die Umsetzung ist, dass die Haltbarkeit und der Erfolg der Methode nicht zuvor getestet werden bzw. im Nachhinein korrigiert werden kann.

Frau Sprehe beantragt zur Geschäftsordnung, dass zu dieser Thematik keine weitere Diskussion geführt wird, sondern der Vorschlag durch Experten geprüft wird. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung wird bei 4 Enthaltungen angenommen.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard führt Herr Czellnik aus, dass, sollten sich Immobilieneigentümer für einen Objektschutz entscheiden, die Kosten hierfür von ihnen zu tragen wären.

Auf eine Frage aus dem Publikum erklärt Herr Fischer, dass im Rahmen der Renovierung des Alten Hafenspeichers dort der Objektschutz mit integriert wurde.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen. Der Beirat wird das Thema bei einer weiteren Konkretisierung erneut beraten.

Tagesordnungspunkt 7

Anträge und Anfragen der Parteien

Auf Grund einer Grundsatzvereinbarung, keine neuen Tagesordnungspunkte nach 22.00 Uhr aufzurufen, sprechen sich die Beiratsmitglieder dafür aus, lediglich zwei Anträge, einen zu dem viele Interessierte anwesend sind und einen weiterer, der einen Termin vor der nächsten Beiratssitzung betrifft, zu behandeln.

Zunächst wird der Antrag „Weiterhin lebendige (Kneipen-) Kultur in der Alten Hafestraße“, der von der Beiratsfraktion Die Linke eingebracht wurde, behandelt.

Herr Tegeler begründet den Antrag. Aus seiner Sicht besteht für eine Stellungnahme des Beirates ein öffentliches Interesse. Er geht auf die aktuelle Situation vor Ort und die Bedürfnisse der Anwohner, insbesondere die verkehrliche Situation ein.

Herr Pörschke erachtet das in dem Antrag unter Punkt 2 angeführte Anliegen bzgl. der verkehrlichen Situation als nicht sinnvoll.

Die Beiratsfraktion der Grünen möchte, dass das Hafenviertel ein interessantes Viertel für die Gastronomie bleibt.

Herr Scharf schlägt vor, dass der Antrag auf alle Kneipen bzw. das gesamte Gebiet der Alten Hafestraße ausgeweitet wird.

Frau Sprehe spricht sich dafür aus, die Gaststätten und die damit verbundene Lärmimmission insg. zu thematisieren und Lösungsmöglichkeiten zu besprechen. Sie möchte sich zunächst über zugelassene Dezibelzahlen hinsichtlich der Lautstärke etc. informieren. Sie spricht sich gegen den zweiten Teil des Antrages aus.

Herr Degenhard echauffiert sich, kritisiert die Anwohner und bezieht eindeutig Position für die Gastronomen. Er regt die Thematisierung im Ausschuss für Stadtentwicklung an.

Herr Pörschke schlägt vor, zu Punkt 1 des Antrages einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vorzubereiten und reflektiert die breite Unterstützung des Beirates für die Gastronomen.

Herr Tegeler spricht sich dafür aus, den 2. Punkt des Antrages in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass konsensfähig ist, dass die Alte Hafestraße die Kneipenstraße von Vegesack ist. Eine gemeinsame, grundsätzliche Regelung ist zu finden, die die Gastronomie entsprechend zulässt und die Belange der Anwohner berücksichtigt.

Eine Anwohnerin der Alten Hafestraße und Mitarbeiterin im Horizont erklärt, dass das Horizont eine generelle Thematisierung der Problematik wünscht und nicht nur für eine Gaststätte. Sie geht zudem auf die Geschichte und die touristische Bedeutung des Viertels ein.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass zu Punkt 1 die Beiratsfraktionen einen gemeinsamen Antrag formulieren werden.

Punkt 2 wird von Herrn Tegeler für die Fraktion Die Linke zurückgezogen. Die Thematik wird in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der Beiratsfraktionen zum „Organisationstreffen am 9. September 2010 zur Gründung einer Beirätekonferenz“ vor.

Herr Buchholz möchte dem Beschlussvorschlag einen weiteren Spiegelstrich hinzufügen, der ein Verfahren für kleine Fraktionen analog den Verfahrensweisen des Gesamtbeirates und des Parlamentsausschusses beschreibt.

Des Weiteren liegt ein Änderungsantrag von Herrn Wemken vor. Er spricht sich für ein Rederecht für Beirats- und Ausschussmitglieder aus.

Frau Sprehe lehnt diese Erweiterung ab.

Zunächst wird über den Ergänzungsantrag von Herrn Buchholz abgestimmt: Parteien und Wählervereinigungen, die in wenigstens/mindestens 7 Beiräten vertreten sind, entsenden jeweils eine/n Vertreter/-in in die Beirätekonferenz.

Ergebnis:

Der Ergänzung wird mit 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme zugestimmt.

Anschließend wird über den Änderungsantrag von Herrn Wemken abgestimmt.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag wird bei 8 Gegenstimmen, 3 dafür und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abschließend wird über den Gesamtantrag inkl. der vorgenannten, beschlossenen Ergänzung abgestimmt.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert, dass folgende Rahmenbedingungen zur Gründung einer Beirätekonferenz erfüllt werden

- Die Beirätekonferenz tagt öffentlich in barrierefreien Räumen.
- Die Beirätekonferenz kann keine Beschlüsse fassen, die für einzelne Beiräte bindend sind und die dazu führen, dass einzelnen Beiräten mit Hinweis auf die bereits erfolgte Befassung der Beirätekonferenz die eigene Befassung mit bestimmten Themen verweigert wird.
- Die Termine der Sitzungen der Beirätekonferenz sind allen Mitgliedern und allen Ausschussmitgliedern der bremischen Beiräte sowie den Ortsämtern rechtzeitig bekanntzugeben. Da die Beirätekonferenz einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Beiräten sicherstellen soll, haben alle Beiratsmitglieder bzw. deren benannte Vertreter Rederecht in der Beirätekonferenz.
- Um eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten und der Beirätekonferenz zu gewährleisten, sollten Berichte über Fragen und Themen von Sitzungen der Beirätekonferenz im parlamentarischen Ausschuss jederzeit möglich sein, wenn die Beiräte dies wünschen, zum Beispiel über einen eigenen regelmäßig auf der Tagesordnung stehenden Tagesordnungspunkt. Die Beirätekonferenz sollte ebenfalls dafür offen sein, auch Anregungen für Themen, die aus dem o.g. Ausschuss an ihn herangetragen werden, aufzunehmen und zu behandeln.
- Parteien und Wählervereinigungen, die in wenigstens/mindestens 7 Beiräten vertreten sind, entsenden jeweils eine/n Vertreter/-in in die Beirätekonferenz.

Ergebnis:

Der Beschluss wird mit 12 Stimmen dafür bei 1 Ablehnung und 1 Enthaltung gefasst.

Tagesordnungspunkt 8
Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 9
Mitteilungen der Beiratssprecherin

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 10
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Vertagt.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin